Erdogan: Er hat doch was für Kreuze übrig!

Autor(en): **Kamensky, Marian**

Objekttyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **143 (2017)**

Heft 3

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Politfasssäule (Fortsetzung)

Angepisste Hundehalter

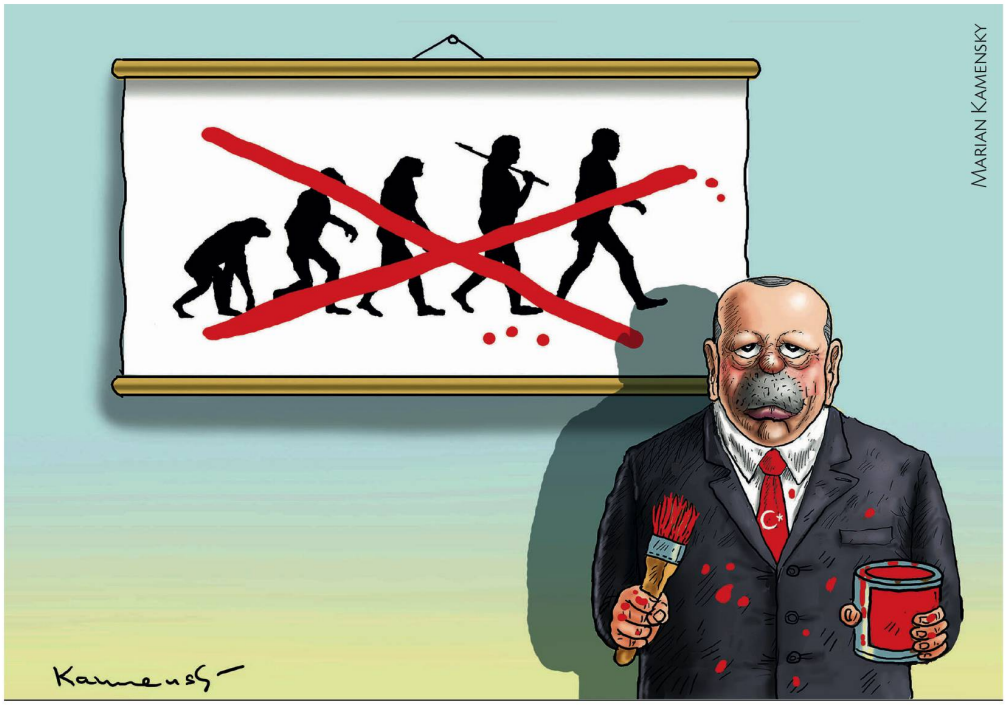
Wie die deutsche ‹Postillon› berichtete, sind laut eines Urteils des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe die Hundebesitzer ab August dazu verpflichtet, auf öffentlichen Plätzen neben dem Kot auch den Urin ihres Haustieres zu entfernen sowie sachgerecht zu entsorgen. «Wer gegen die Auflage verstösst, muss mit einem Bussgeld sowie im Wiederholungsfall mit dem Entzug des Hundeführerscheines rechnen», so der ‹Postillon›.

Auf den ersten Blick mag das Ganze zwar nach einem Scherz klingen, aber dem ist nicht so. Ich lebe als freier Autor und auf meinen Lesereisen in Deutschland stellte ich in letzter Zeit wiederholt fest, dass dieses Gesetz vielerorts bereits angewandt wird. Immer mehr Hundebesitzer ziehen mit Schwamm und Fleckenspray durch die Gegend und rubbeln eifrig an den von ihren vierbeinigen Lieblingen angepinkelten Bäumen.

Die Hundepolizei, die das Ganze sorgfältig beobachtet, hat die Situation völlig unter Kontrolle, zumal sie sehr pingelig, um nicht zu sagen extrem pinkelig bei ihren Beobachtungen vorgeht. Es wird allen Hundebesitzern dringend geraten, ihren Vierbeinern mindestens dreimal täglich frische Hundewindeln anzulegen, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Darüber hinaus wird im Deutschen Bundestag schon seit Wochen über ein Gesetz gegen Hundepupse (HP) heftig debattiert, welche die SPD und die Grünen auch weiterhin rund um die Uhr zulassen möchten, während die CDU die Hundefürze lediglich nachts erlauben will. Horst Seehofer von der CSU setzt sich wiederum für ein Totalverbot der Hundepupse ein. «Das kriege ich auch noch durch!», sagte der Ministerpräsident aus Bayern zuversichtlich. «Darauf könnt ihr einen lassen!»

Jan Cornelius

Erdogan: Er hat doch was für Kreuze übrig!



Peugeot will Opel kaufen

Die Farce

Am 12. Februar fand in Deutschland die Wahl des Bundespräsidenten statt. Ende des vergangenen Jahres hatten sich Angela Merkel (CDU) und Sigmar Gabriel (SPD) auf den Kandidaten Frank-Walter Steinmeier (SPD-Mitglied und vormaliger Aussenminister) geeinigt. Den Anstoss hatte Vizekanzler Gabriel gegeben. Da die vorgesehene Kandidatin der CDU, Marianne Birthler (einst Bundesbeauftragte für die Stasi-Akten), in letzter Minute abgesagt hatte, blieb der Kanzlerin nichts anderes übrig, als dem Vorschlag Gabriels zuzustimmen. Mit der mehrheitlichen Stimmenzahl von CDU und SPD stand also Steinmeier schon im vergangenen Jahr als neuer Bundespräsident fest. Die sogenannte Wahl im Februar geriet zur Farce. Da wurde zur «Präsidentenwahl» sehr feierlich nach Berlin eingeladen, wo jedes Mitglied der Bundesversammlung geheim seine Stimme abgeben durfte. Jene groteske Veranstaltung mit pseudodemokratischem Charakter kostete den Steuerzahler mehr als eine Million Euro. Wenn das nicht praktizierte Sparsamkeit mit Augenmass ist! Die Politikverdrossenheit lässt grüssen.

Gerd Karpe